№ 367
B 181
Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 4. August 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3669. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Erste Verhandlung Dienstag Nachmittag.

Heute Rat der „Sieben".

London, 4. August. (W. T. B.)

Die „Großen Sieben" traten heute um 10½ Uhr im Auswärtigen Amt zur Besprechung der Frage über die zukünftige Handhabung der Eisenbahnen im besetzten deutschen Gebiet zusammen, worüber der Zweite Ausschuß keine Verständigung zustande bringen konnte. Man erwartet, daß sie auch die Vorbereitungen für die Vollsitzung besprechen werden, die wahrscheinlich morgen nachmittag abgehalten werden soll, und an der die deutschen Delegierten teilnehmen werden.

Der Juristische Ausschuß hat die Formulierung der verschiedenen Berichte auf Sonnabend festgesetzt. Die Konferenz ist gleichfalls heute früh im Auswärtigen Amt zusammengetreten.

Die Fahrt nach London.

Heute vormittag 9.07 Uhr, kurz nach dem regulären Schnellzug nach Amsterdam, ist die deutsche Abordnung für London mit Sonderzug vom Bahnhof Friedrichstraße abgefahren. Die 18köpfige Delegation steht unter Führung von Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann und Finanzminister Dr. Luther. Der Sonderzug setzt sich aus einem Speisewagen, zwei Personenwagen und Packwagen zusammen.

Zur Abreise der Abordnung, deren Ort und Zeitpunkt geheimgehalten worden war, hatten sich im Auftrag des Reichspräsidenten Staatssekretär Meßmer, ferner die Reichsminister Dr. Jarres, Dr. Höfle und Dr. Braun, Staatssekretär v. Maltzan eingefunden. Das Publikum war erst durch die Absperrung auf den Vorgang aufmerksam gemacht worden, die — übrigens nicht allzu streng — von einem Zug Schupo durchgeführt wurde.

Kurz vor der Abreise gelang es noch einem Photographen, einige Momentaufnahmen von den am Fenster erschienenen Männern zu machen, denen das Schicksal Deutschlands für einen folgenschweren Gang anvertraut ist. Aus Aeußerungen der abreisenden Minister konnte man den Eindruck gewinnen, daß sie zwar des Ernstes der ihnen bevorstehenden Verhandlungen bewußt aber nicht ohne ein großes Maß von Zuversicht auf die Reise gehen, daß es ihnen gelingen werde, unter Wahrung der lebenswichtigen deutschen Aufforderungen eine Verständigung über die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu erzielen.

Hughes in Berlin.

Heute vormittag 10½ Uhr empfing der amerikanische Staatssekretär im Beisein des Botschafters Houghton eine Anzahl deutscher Pressevertreter in den Räumen der amerikanischen Botschaft.

Wie viele von den Herren, denen der amerikanische Staatssekretär nacheinander freundlich die Hand drückte, mögen daran gedacht haben, daß dieser Mann in einem für Deutschland kritischen Augenblick des Weltkrieges beinahe Präsident der Vereinigten Staaten geworden wäre. Ja, eine ganze Nacht in jenem November 1916 glaubte das Land, er sei gewählt, und sein Bild, dieser Kopf mit dem gescheitelten weißen Bart und den buschigen Brauen, unter denen die Augen offen und dabei mild hervorschauen, erschien zum Schluß der letzten Kinovorstellung auf der Leinwand, und die vollbesetzten Theater klatschten dem neuen Staatsoberhaupt zu. Am nächsten Morgen kam dann die Ueberraschung. Der Westen, und es darf ruhig gesagt werden, die deutschen Stimmen, sowohl Ost wie West, hatten das Resultat zugunsten des Friedenspräsidenten Wilson entschieden.

Es hat leider keinen Sinn, heute darüber nachzudenken, was geworden wäre, wenn die Wahl anders ausgefallen wäre. Aber ich glaube, daß von den Deutschen, die heute Charles Evans Hughes sahen, jeder den Eindruck bekommen haben wird, daß vor ihnen nicht nur ein Rechtsgelehrter, sondern ein Mann des Rechts stand. Was er zu sagen hatte, war wenig. Die Zeiten sind im Fluß und nehmen ihren Lauf, und wer an verantwortungsvoller Stelle steht, hat nicht das Recht, seine eigenen Gedanken und vielleicht Wünsche in solchen Augenblicken zu äußern.

Er sei nicht zum erstenmal in Berlin, habe es schon in früheren Jahren besucht. Aber er freue sich, gerade in diesem Augenblick in der Hauptstadt Deutschlands mit deutschen Staatsmännern zusammengetroffen zu sein, wo es den Anschein habe, als ob eine neue Aera des Friedens, der Ruhe und des wirtschaftlichen Wiederaufstieges über Europa endlich aufgehen werde. Diese Aera herbeizuführen und zu beschleunigen, daran sei auch sein Land aufrichtig interessiert, und weil er glaube, daß der Dawes-Plan das Mittel sei, um die Aera einzuleiten, so hoffe er und mit ihm ganz Amerika, daß dieser Plan baldmöglichst in die Tat umgesetzt werde.

In ähnlichen Worten hatte der Staatssekretär kurz vorher zu den Vertretern der ausländischen Presse gesprochen und dabei gleichfalls gesagt, daß es seine feste Ueberzeugung sei, daß mit der Londoner Konferenz und ihrem erfolgreichen Ausgang der Himmel über Europa sich zu lichten beginnen werde. —las.

*

Staatssekretär Hughes kam mit seiner Gattin Sonntag früh am Bahnhof Friedrichstraße an. Zu seinem Empfang waren Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn und der amerikanische Botschafter Houghton mit mehreren deutschen und amerikanischen Herren erschienen.

Zu dem Frühstück, das der Reichspräsident am Sonntag um ½2 dem hohen Gast gab, waren außer dem Botschafter Houghton und seinen Herren, der Reichskanzler und Außenminister und die übrigen Mitglieder der Regierung geladen. Ferner Staatssekretär v. Maltzahn, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages v. Mendelsohn und Frau, der Direktor der Deutschen Bank v. Strauß, Bankier von Schwabach und einige andere Mitglieder der Finanzwelt und hohe Beamte der Reichsministerien.

Der Abbau des Sichtvermerks.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* Wien, 4. August.

Die österreichische Regierung hat, entsprechend einer langgehegten Absicht, nunmehr durch Einführung der Paßvisum-Marken an Stelle der bisherigen Sichtvermerke eine Presse in den Wall der Grenzsperren gelegt. Nach einer Mitteilung des Handelsministeriums sind sämtliche österreichischen diplomatischen Vertretungen im Auslande angewiesen worden, den dortigen Handelskammern, großen Touristenvereinen, Automobilklubs usw. Paßvisum-Marken zum Vertrieb auszufolgen. Die Sichtvermerk-Marken haben eine Dauer von zwölf Monaten, gerechnet von dem Tage der Grenzüberschreitung. Sie kosten entsprechend den internationalen Abmachungen der Pariser und Grazer Verkehrskonferenzen für mehrmalige Ein- und Ausreisen zehn, bei einmaliger Ausreise fünf Goldfranken, und für eine einmalige Durchreise einen Goldfranken. Die österreichische Regierung legt Wert darauf, daß ihr Vorgehen in der Frage des Abbaus des Paßvisums unter den anderen Staaten möglichst viele Nachahmer finde.

*

Das österreichische Vorgehen sollte vor allem in Deutschland sofortige Nachahmung finden. Es muß jeden Deutschen traurig stimmen, wenn er sieht, daß die durch die Friedensverträge aufgerichteten Schranken zwischen den einzelnen Gliedern des deutschen Volkes durch die Handhabung der Grenzbestimmungen noch unnötig erhöht werden. Die Einführung von Visummarken erfüllt den Zweck, ohne Belästigung des Reiseverkehrs die Geldmittel aufzubringen, die zur Unterhaltung des Ueberwachungsdienstes notwendig sind. Solange man diesen Dienst beibehalten zu müssen glaubt — vor dem Krieg gab es weniger Grenzen und gar keine Paßkontrolle, ohne daß man diese Mängel schmerzlich empfand —, wird man wenigstens bereit sein müssen, dem internationalen Verkehr das Mindestmaß von Freizügigkeit zurückzugeben, das die Voraussetzung eines europäischen Zusammenlebens bildet. Das österreichische Vorbild ist auch deshalb für Deutschland so bedeutsam, weil es die Möglichkeit eröffnet, wenigstens mit dem deutschen Brudervolk einen halbwegs normalen Verkehr wiederherzustellen. Es genügt, zur Wahrung der formalen Friedensbestimmungen, wenn Deutschland sich bereit erklärt, dieselbe Erleichterung allen Staaten zu gewähren, die Gegenseitigkeit üben.

Kein deutsch-griechischer Zwischenfall

Der „Temps" läßt sich aus Athen einen angeblichen griechisch-deutschen diplomatischen Zwischenfall melden, der zur unverzüglichen Abreise des deutschen Gesandten geführt haben soll, weil dieser bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens eine Ansprache in deutscher statt in französischer Sprache habe halten wollen.

Diese Darstellung entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Nachdem der ursprünglich für den 26. v. M. angesetzte Empfang des Gesandten zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens wegen Erkrankung des Präsidenten der griechischen Republik abgesagt werden mußte, wurde dem Gesandten einige Tage später mitgeteilt, daß der Empfang wegen fortdauernder Krankheit des Präsidenten zum Bedauern der griechischen Regierung erst nach Rückkehr des Gesandten von dessen Urlaub stattfinden könne. Irgendein Zusammenhang zwischen der Abreise des deutschen Gesandten in Athen und dem behaupteten Vorfall besteht nicht.

Ein Grund zu einer Unstimmigkeit der im „Temps" angedeuteten Art zwischen der griechischen Regierung und dem deutschen Vertreter liegt übrigens um so weniger vor, als erst vor kurzem der griechische Gesandte in Berlin sein Beglaubigungsschreiben dem Herrn Reichspräsidenten mit einer Anrede in griechischer Sprache überreicht hat; es entspricht dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, daß sich der deutsche Vertreter in Athen bei dem gleichen Anlaß der deutschen Sprache bedient.

Eberts Gedenkrede.

Bei der gestrigen Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Deutschen hielt Reichspräsident Ebert, der selbst das den zweier Söhne der Heimat geopfert, die Hauptansprache, in welcher er die Gedanken, die an diesem Erinnerungstage alle Deutschen beseelen, in folgende Worte kleidete:

Deutsche Männer und Frauen! Ein Tag des Gedenkens und der Trauer ist es, den das ganze deutsche Volk heute mit uns begeht. In tiefem Schmerze trauern wir um die Söhne Deutschlands, die den Soldatentod gestorben sind, damit Deutschland lebe; in warmem Mitgefühl gedenken wir der Wunden der Kriegsbeschädigten und des Schmerzes der Hinterbliebenen, in Ehrfurcht neigen wir uns vor den Heldentaten unseres Volkes in Waffen und vor der duldenden Standhaftigkeit der Heimat, vor dem beispiellosen Opfermut und dem fast übermenschlichen Dulden unserer Nation im Kriege.

Zugleich ein Tag des Dankes ist der heutige Tag. Wir wollen diesen Dank abstatten allen denen, die für Deutschland Gut und Blut hingegeben haben, abstatten nicht in Worten, sondern den Toten in schweigendem Gedenken, den Lebenden in linderndem Tun. In heißem Danke für ihre Treue geht unsere Sehnsucht zu den Brüdern, die ihre Heimat oder ihre Zugehörigkeit zum Reiche hingeben mußten.

Nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat hat Deutschland vor zehn Jahren die Waffen ergriffen; in diesem Bewußtsein haben wir den langen Krieg geführt, und nur dieser Geist konnte uns die gewaltigen Opfer ertragen lassen, die alle Kreise unseres Volkes an Gut und Blut bringen mußten. Das, was das deutsche Volk seit 1914 um seines Deutschtums willen gelitten und geleistet hat, kann nicht verloren sein. Und deshalb ist der heutige Tag auch ein Tag der Hoffnung, der Hoffnung auf ein lebens- und kraftvolles Deutschland!

Trotz allen Stürmen der letzten Jahre ist uns das Reich erhalten geblieben. Wir geloben heute, daß an diesem Bau nicht gerüttelt werden darf, daß wir alle unsere Kraft einsetzen wollen, damit Deutschland den Platz unter den Völkern wieder einnehmen kann, der ihm gebührt. An diesem Ziele mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Deutschen, ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Brüdern, die ihr Leben hingegeben haben in Verteidigung der Heimat, ist vor allem eine Ehrenpflicht der deutschen Jugend. So soll der Geist der Toten lebend bleiben in uns allen, im ganzen deutschen Volke.

Es ist heute der Ruf hinausgegangen an das deutsche Volk, unseren Toten ein würdiges Denkzeichen zu errichten. Aber darüber hinaus wollen wir — das lassen Sie, deutsche Männer und Frauen, uns in dieser Stunde geloben — dem Gedächtnis unserer Toten und unserer Opfer ein Denkmal bauen, dauernder denn Erz: Das freie Deutschland!

Die Worte des Reichspräsidenten werden einen Widerhall auch da finden, wo verbindende Parteieinstellung auch bei dieser Gelegenheit versucht hat, die gemeinsame Trauer dadurch zu zerstören, daß man das, was Ausdruck höchster Opferliebe für die gemeinsame Heimat war, in Hingabe an eine Person oder ein Symbol umdeutete.

Das stärkste Stück in dieser Beziehung leistete sich wieder einmal die „Deutschnationale Volkspartei", die auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnte, ohne in einem Aufruf den Tod fürs Vaterland von Millionen Deutschen in einen Tod für ihr monarchistisches Parteiprogramm umzufälschen und in diesem Zusammenhang außerdem noch sagt: „Wieviel glücklicher war ihr (der Gefallenen) Los als das der unzähligen Verstümmelten und Geschädigten, für welche auskömmlich und nach Verdienst zu sorgen das Novemberverbrechen verhindert hat".

Die Verfasser jenes Aufrufs wissen natürlich ganz genau, daß auch eine geschlagene Monarchie bei den schweren finanziellen Lasten, die ein verlorener Krieg ihr ebenso auferlegt hätte, für jene Unglücklichen auch nicht mehr hätte tun können als es die Regierung, die die Erbschaft der geschlagenen Monarchie übernehmen mußte, getan hat. Wir beneiden Männer nicht um ein Gewissen, welches ihnen erlaubt, aus dem Unglück und der Not der Heimat Propagandamaterial für ihre Partei zu schöpfen.